

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

## Kein Blinzeln in Richtung FPÖ!

**In seinem Leitartikel für das vorliegende Heft hat sich Gerald Netzl, Wiener Landes- und stellvertretender Bundesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen, Gedanken zum Gedenkjahr 2015 gemacht. Dabei stellt er seinen Ausführungen Fragen voran, die es auch 2015 besonders zu beachten gelte.**

**2015** ist für uns Freiheitskämpfer/innen ein besonderes Jahr. Wir feiern 70 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus und Kriegsende. Das ganze Jahr wird von Feiern und Veranstaltungen zu diesem Jubiläum geprägt sein. Aber wie werden die konkreten Feierlichkeiten aussehen? Werden in den vielen Reden die richtigen Schlüsse aus der Vergangenheit für die Gegenwart gezogen?

Die Sozialdemokratie ist der Garant gegen jede Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei. Und die Freiheitskämpfer/innen wachen mit Strenge über die Einhaltung dieser Garantie. Der FPÖ unter ihrem Obmann Strache ist es nicht gelungen, sich glaubwürdig von ihren braunen Flecken zu befreien. Den besten Nachweis dafür erbrachte Hans-Henning Scharasch in seinem Buch „Strache: Im braunen Sumpf“ aus dem Jahr 2012.

Weitere Beispiele aus jüngerer Vergangenheit gefällig? Im August 2013 plagten die FPÖ Sorgen rund um eine nicht-öffentliche Facebook-Gruppe. Dort wurden nicht nur politische Gegner auf das Derbste beschimpft, auch rechtsradikale bzw. antisemitische Postings haben sich dort befunden. Unter den knapp 150 Mitgliedern befanden sich Spitzenfunktionäre der Partei wie Nationalrats- und Landtagsabgeordnete. Es hieß dann, die Seite „Wir stehen zur FPÖ!“ sei keine

offizielle FPÖ-Seite, sondern eine „Privatinitiative“. Im Folgenden seien ein paar Beispiele der auf dieser Seite veröffentlichten Postings angeführt, die in der Öffentlichkeit für besonderes Aufsehen und Kopfschütteln sorgten und auch in einigen Zeitungen zitiert wurden. „Der ganze Muslime-Scheißhaufen gehört mit Benzin übergossen und angezündet, die Benzinkosten übernimmt selbstverständlich ich“, soll dem Nachrichtenmagazin „News“ zufolge gepostet worden sein. Oder: „Diese Kameldreckfresser gehören ALLE ausradiert, ohne Ausnahme!“ Bundeskanzler Werner Faymann soll als „echtes rotes Schwein“ beschimpft worden sein, das „ins Grab hinein“ gehöre.

Im Frühjahr 2014 tat sich EU-Abgeordneter Andreas Mölzer einmal mehr negativ hervor: Die EU sei doch eine „Diktatur“ und dagegen „das Dritte Reich wahrscheinlich formlos und liberal gewesen“. Außerdem meinte er, die EU müsse sich fragen, ob sie ein „Negerkonglomerat“ sei. Anhaltende lautstarke Proteste des anständigen Österreich führten zu seinem politischen Rückzug.

Mit einem rassistischen Ausritt gegen AsylwerberInnen hat der geschäftsführende niederösterreichische FPÖ-Chef Christian Höbart im November 2014 auf Facebook auf sich aufmerk-

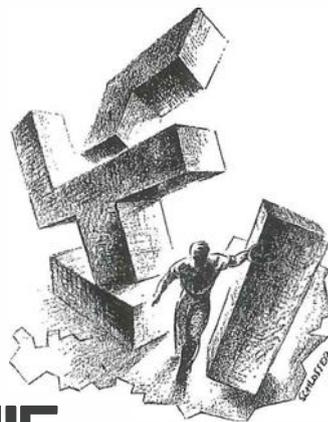
sam gemacht. Gepostet hat der Nationalratsabgeordnete seine Aussagen unter Fotos einer Demonstration von Asylwerbern in Traiskirchen. Als ein Facebook-User nach dem Grund für die Versammlung fragte, schrieb der FPÖ-Abgeordnete: „Kann keinen Grund geben für diese Gesellen! Denen geht es im Vergleich zum Herkunftsland bei uns BESTENS! Skandalöser weise (sic!) wissen es diese ganzen ‚Erd- und Höhlenmenschen‘ nicht zu schätzen, dass sie hier bestes Essen, neue Kleidung und sonstigen Firlefanz bekommen! Eine Frechheit sondergleichen!!!“

Nach der Aufregung um den „Höhlenmenschen“-Sager Hö-

aufgetaucht, das den 25-Jährigen mit erhobener rechter Hand zeigt. Das verhängnisvolle Foto, aufgenommen bei einer Silvesterfeier, wurde den Bezirksblättern Niederösterreich zugespielt. Bors ist auf dem Bild gemeinsam mit zwei weiteren Männern zu sehen. Alle drei posieren mit einem strammen Hitlergruß. Bors' unverfrorene Ausrede: „Das ist nur eine Momentaufnahme, kein Hitlergruß. Das Foto ist alt und stammt von einer Silvesterfeier. Ich habe mehrere Zeugen, die bestätigen können, dass wir nur Rapid-Lieder gesungen haben. Mit Wiederbetätigung hat das nichts zu tun.“ Mit dem Hitlergruß in der Öffentlichkeit zu posieren ist kein Lausbubenstreich, sondern laut Verbotsgesetz illegal. Der Strafraum dafür liegt bei zehn Jahren.

In Anlehnung an eine Aussage, mit der Kurt Schumacher 1932 im Berliner Reichstag mit der NS-DAP-Fraktion und Joseph Goebbels abrechnete, stellen wir fest: „Die ganze freiheitliche Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen. Wenn wir irgendetwas bei der FPÖ anerkennen, dann ist es die Tatsache, dass ihr nicht zum ersten Mal in der Geschichte die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist.“ Ein Blinzeln in Richtung FPÖ kommt nicht infrage. Die Bekämpfung des

Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Auch 2015 gilt: „Wehret den Anfängen!“



**NIE WIEDER FASCHISMUS!**

[www.freiheitskaempfer.at](http://www.freiheitskaempfer.at)

**„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ muss damals wie heute unsere Losung lauten**

barts wurde die niederösterreichische FPÖ im November 2014 erneut von einem Skandal erschüttert. Von Regionalreferent Andreas Bors ist ein Foto

## Für unsere KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen

**Die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen ist neben unserem antifaschistischen Engagement das wichtigste Anliegen der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, von uns persönlich besucht.**

Insgesamt entfällt im Durchschnitt gut ein halber Tag pro Woche auf diese natürlich ehrenamtliche Betreuung. Die Bedeutung der Hausbesuche besteht darin, durch persönliche Gespräche der Vereinsamung der Opfer entgegenzuwirken.

Da alle Betreuten schon sehr betagt sind, kümmern wir uns vor allem um ihre gesundheitliche Lage. Dabei konnten wir schon oft Hilfestellung für eine Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung des Pflegegeldes geben.

Ein besonderes Anliegen sind uns Beratung und Hilfestellung für die Zuerkennung beziehungsweise die Erhöhung von Opferrenten aufgrund haftbedingter Gesundheitsschäden, ebenso die Beratung für Zuschüsse zu Heilbehelfen (Brillen, Hörgeräten, Zahnersatz, orthopädischer Versorgung usw.). Weiters leisten wir Beratung für die Zuerkennung von Zuschüssen für Spitalsaufenthalte. Auch bei der Befreiung von Gebüh-

ren für Rezepte und Rundfunk sowie der Telefongrundgebühr konnten wir schon oft helfen, ebenso bei der Eintragung des Freibetrags aufgrund des Vorliegens eines Opferausschusses oder einer Amtsbescheinigung. Von unseren betreuten Genossinnen und Genossen beziehen viele eine Ausgleichszulage. Für sie wird jedes kaputt gegangene Haushaltsgerät, jede neue Brille oder gar ein Zahnersatz zum großen finanziellen Problem. ■

### Information zur Opferfürsorge

Die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxifonds Opferfürsorge wurden ab 1. Jänner 2015 wie folgt erhöht:

**Für Aushilfen:** Einzelpersonen 1.520 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.134 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 307 Euro.

**Für Spitalsaufenthalte:** Einzelpersonen 1.881 Euro,

Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.417 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 307 Euro.

**Für Darlehen:** Einzelpersonen 2.263 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.685 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 307 Euro.

**Für Aushilfen bei Heilfürsorgeleistungen:** Einzelpersonen 1.828 Euro,

Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.307 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 307 Euro. Zuschüsse für **Zahnkronen** 105 Euro, **einohrige Hörgeräteversorgung** 720 Euro, **beidohrige Hörgeräteversorgung** 1.080 Euro, **Krankenbetten und Krankenfahrstühle** 720 Euro, **Sehbehelfe und Brillen** 285 Euro, **orthopädische Schuhe** 281 Euro, **sonstige Heilbehelfe**

und **Hilfsmittel** 160 Euro, **psychotherapeutische Behandlungen** (ohne Einkommensgrenze) bis zur Höhe des dreifachen Betrages des Kostenzuschusses des Krankenversicherungsträgers.

Bei allen Fragen steht Ihnen **Peter Weidner** telefonisch unter 0664/533 88 29 oder per E-Mail (p.weidner@aon.at) mit Rat und Tat zur Seite. Er besucht Sie auch zu Hause.

## Wir gratulieren: Jänner bis März 2015

**96. Geburtstag:** Otto Libal, Linz. **95. Geburtstag:** Rosi Hirschegger, Innsbruck; Friederike Probst, Wien; Lona Murowatz, Wiener Neustadt. **94. Geburtstag:** Kurt Stättner, Hinterbrühl; Anneliese Albrecht, Wien. **93. Geburtstag:** Walter Fischer, Baden; Helene Gratzl, Sollenau; Eduard Bruckner, Herta Kleedorfer, Helene Neuhaus, Rudolf Neumann, Johann Ploderer, Maria Schweidler, Wien. **92. Geburtstag:** Magdalena Artner, Mattersburg; Wilhelmine Buriy, Adolf Sadil, Kurt Wachold, Wien; Josefine Trapp, Wilhelmsburg. **91. Geburtstag:** Lia Wuttke, Eichgraben; Egidius Sabotnik, Keutschach am See; Angela Radner, Linz; Walter Fantl-Brumlik, Wien. **90. Geburtstag:** Hubert Turnitscher, Bruck/Mur; Leo Zak, Gutenstein; Walter Than, Kaltenleutgeben; Josef Deutsch, Mogersdorf; Wilhelm Ambros, Paula Michalica, Hans Prager, Edith Seeböck, Wien. **85. Geburtstag:** Hans Heiplik, Breitenfurt; Anton Pleyer, Graz; Josef Weichenberger, Salzburg; Johann Bernthaler, Gertrude Hubmann, Hermine Hüther, Herta Kromer, Herbert Pfannenstiel, Heinrich Pichlmayer, Johann Rabenseifner, Wien. **80. Geburtstag:** Helene Androsch, Linz; Gertrude Proyssl, St. Georgen; Helmut Weber, St. Pölten; Eveline Andriik, Eleonore Hochreiter, Franz Leopold, Maria Preisinger, Werner Rath, Alfred Schuh, Bruno Witz, Inge Zisch, Wien; Kurt Novotny, Wiener Neustadt. **75. Geburtstag:** Annetarie Burghardt, Gänserndorf; Johann Bellositz, Guntramsdorf; August Krasser, Klagenfurt; Alois Pfeiler, Leoben; Kurt Datzberger, Kreszenzia Entner, Edith Leitner, Linz; Peter-Klaus Frenes, St. Georgen a. d. Gusen; Christa Neubauer, Schwechat; Monika Kritzer, Spittal/Drau; Ferry Bartel, Elfriede Blazsovsky, Walter Darmstädter, Rudolf Edlinger, Paul Fechter, Helmut Fagner, Anton Gaál, Gerhard Grün, Karl Jarolim, Heinrich Keller, Franz Klar, Ingrid Kothe, Gerhard Krecek, Karl Prosenitsch, Rudolf Randus, Hans Rzeschabek, Günther-Ewald Sallaberger, Aurelia Stiller, Anton Stummer, Wien; Friederike Löb-Powaschnig, Wiener Neustadt.

# Rosa-Jochmann-Plakette an Käthe Sasso verliehen

**Im Rahmen der Sitzung des Bundesvorstandes am 25. Februar ist unserer Genossin und Freundin, der Widerstandskämpferin und aktiven Antifaschistin Käthe Sasso erstmals die neu geschaffene Rosa-Jochmann-Plakette verliehen worden. Ein historisches Ereignis.**



**Die erste Trägerin der Rosa-Jochmann-Plakette Käthe Sasso mit unserem Bundesvorsitzenden Johannes Schwantner (r.) und dem Wiener Landesvorsitzenden Gerald Netzl (l.)**

**M**it der Auszeichnung bedankte sich unser Bund bei Genossin Käthe Sasso besonders für ihre Zeitzeugenarbeit, gerade auch mit Jugendlichen, und für die Rettung der Gruppe 40 auf dem Wiener Zentralfriedhof. In ihrer Dankesrede erzählte Käthe Sasso, wie sie Rosa Jochmann in Ravensbrück kennengelernt hatte. Die Verleihung sei, wie sie mit Tränen in den Augen sagte, „ein großer Moment – heute ist die Rosa bei mir“.

Bundesvorsitzender Johannes Schwantner strich im Zuge der

Verleihung hervor, dass Kameradin Sasso „unsere Rosa“ persönlich kannte, ja im Konzentrationslager Ravensbrück kennenlernen musste. Rudi Gelbard, Zeitzeuge, KZ-Überlebender und Vorstandsmitglied, würdigte Käthe Sasso's unbeugsame Haltung als Jugendliche („Erschlagt mich, ich verrate nichts!“) und ging mit bewegenden Worten auf die harte Zeit Sasso's im Wiener Landesgericht ein. Dank tatkräftigem Einsatz des ehemaligen oberösterreichischen Freiheitskämpfer/innen-Landesvorsitzenden Peter Weidner wurde das Leben und die Erfahrungen Käthes in CD- und DVD-Form der Nachwelt erhalten.

Die „Kämpfer“-Redaktion gratuliert herzlich zu dieser Auszeichnung! ■

## Über Käthe Sasso

Unsere Genossin Käthe Sasso ist eine der letzten Überlebenden des österreichischen Widerstands gegen die Nazis. Sie hat Jahre in Gestapo-Gefängnissen in Wien verbracht, entging nur wegen ihrer Jugend der Hinrichtung durch das Fallbeil und wurde 1944 in das KZ Ravensbrück deportiert. Mit der Errichtung der Gedenkstätte auf dem Areal der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof wurde WiderstandskämpferInnen an jener Stelle, an der sie begraben wurden, ein Denkmal gesetzt. Sasso hat sich maßgeblich für die Erhaltung und Würdigung der Gräber der Gruppe 40 eingesetzt.

# Landeskonferenz wählte neuen Vorstand

**SPÖ-Nationalrat Anton Heinzl ist mit eindrucksvollen 97,6 Prozent als niederösterreichischer Landesvorsitzender bestätigt worden. Siegfried Nasko und Otto Peterl wurde die Otto-Bauer-Plakette verliehen.**

**I**n seiner Rede bei der Landeskonferenz erklärte Heinzl: „Gerade jetzt gegen Verhetzung und Radikalisierung aufzutreten, ist die Berufung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen und aktiver Antifaschist/inn/en in Niederösterreich.“ Mit ihrem eindeutigen Votum drückten die Delegierten ihre hohe Zufriedenheit mit der Arbeit Heinzls sowie des gesamten Vorstandsteams aus. Heinzls künftige Stellvertreter sind Johann Stippel aus Wiener Neustadt, Werner Burg aus Mödling und Harald Ludwig aus St. Pölten. Bei der Landeskonferenz

wurde Dr. Siegfried Nasko für seine Verdienste rund um die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet. Otto Peterl wurde ebenfalls für seine jahrzehntelange antifaschistische Bildungsarbeit als Bezirksvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen von Korneuburg mit der Otto-Bauer-Plakette gewürdigt.

Prof. Dr. Siegfried Nasko hielt bei der Landeskonferenz eine beachtenswerte Rede. Unter dem Titel „100 Jahre Krieg und Frieden in Europa“ formulierte Genosse Nasko einen flammenden Appell

gegen die wiederum aktuelle Kriegshetze und die großen Gefahren, die Europa durch einen wiederaufkommenden Nationalismus drohen. Bundesvorsitzender Prof. Johannes Schwantner hob die Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit von Genossen

Nasko und der Bildungsarbeit von Genossen Peterl in seiner Rede hervor.

Die „Kämpfer“-Redaktion gratuliert Anton Heinzl und seinem Team zur Wahl sowie allen Ausgezeichneten! ■



**Anton Heinzl und sein Vorstandsteam wurden mit überwältigender Mehrheit gewählt**

# Geschichtspolitik

**In Wien existiert bis heute kein Denkmal für die Frauen und Männer, die gegen die Errichtung des Austrofaschismus bewaffnet Widerstand leisteten. Warum dem so ist und welche Fragen es noch zu klären gilt.**

Nach 1945 war weniger der Nationalsozialismus als vielmehr der Austrofaschismus geschichtspolitisch das heiße Eisen der österreichischen Innenpolitik. Zumindest auf Ebene der Parteiliten konnte rasch ein Konsens darüber hergestellt werden, dass der NS-Staat ein verbrecherisches Regime gewesen war. Die Deutung des Austrofaschismus blieb demgegenüber kontrovers. Während die ÖVP bis heute nicht davon abrücken mag, dass Engelbert Dollfuß im besten Glauben handelte, als er Republik und Rechtsstaat beseitigte, ist er für die Sozialdemokratie ein Verbrecher, der für Diktatur und Bürgerkrieg verantwortlich zeichnete. Trotz dieser Gegensätze handhabten beide Parteien ihre Geschichtspolitik letztlich pragmatisch. Um die Koalition keinen großen Gefahren auszusetzen, verwiesen sie die austrofaschistische Vergangenheit in die parteiinterne Traditionspflege:

Die SPÖ hatte ihre Februarfeiern, die ÖVP ihr Dollfuß-Gemälde im Parlamentsklub, beides war kein Hindernis für eine konstruktive Zusammenarbeit. Auf staatlicher Ebene hingegen machte die SPÖ entscheidende Kompromisse: Sie bestand nicht auf einer kritischen Auseinandersetzung mit der Dollfuß-Diktatur in den Schulen, verzichtete auf eine juristische Aufarbeitung und vermied sorgfältig, die ÖVP mit dem Thema außerhalb von Wahlkämpfen allzu sehr zu reizen. In den Nachwirkungen dieses großkoalitionären Kompromisses wird man auch die Ursache dafür sehen müssen, dass es in der Bundeshauptstadt bis heute kein Denkmal gibt, das an jene Frauen und Männer erinnert, die der Errichtung des Austrofaschismus im Februar 1934 bewaffneten Widerstand entgegengesetzten.

Seit 2012 ist jedoch Bewegung in die Sache gekommen. Die ge-

schichtspolitisch vielleicht wichtigste Annäherung zwischen den Parteien seit 1945 fand mit dem Beschluss des Rehabilitierungsgesetzes 2012 statt. Nach fast zweijährigen, zähen Verhandlungen verabschiedete der Nationalrat im Februar 2012 einstimmig ein Gesetz, das erstmals den Unrechtscharakter der austrofaschistischen Repressionspolitik gegen die Linke festhielt. Dessen ungeachtet lebt zwar vorerst eine Verklärung der Diktatur – und ganz besonders der Person Dollfuß – in konservativen Kreisen fort, wie Lucile Dreidemy in ihrem jüngst erschienenen Buch „Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen“ (siehe Seite 10) anschaulich dokumentiert hat. Doch auch die ÖVP wird sich über kurz oder lang nicht der Einsicht entziehen können, dass ihre Dollfuß-Nostalgie auch in den eigenen Reihen auf immer weniger Interesse stößt und außerhalb überhaupt nur noch als Anachronismus wahrgenommen wird.

## Die Forderung nach einem Denkmal

Nachdem die Wiener Landes-

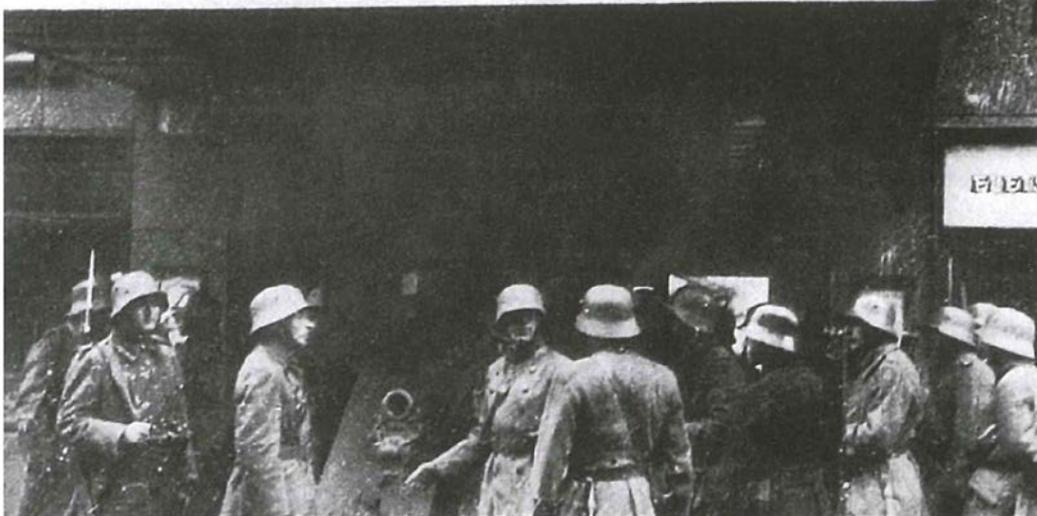
partei auf Initiative der Freiheitskämpfer/innen beschlossen hat, nach achtzig Jahren endlich die FebruarkämpferInnen durch ein Denkmal zu ehren, wurden in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Überlegungen angestellt, wie ein solches Erinnerungszeichen aussehen könne. Dabei zeichnete sich eine gewisse Scheu davor ab, in drei offenen Punkten eine Entscheidung zu fällen.

## Erstens: Wer oder was soll eigentlich gewürdigt werden?

Die Freiheitskämpfer/innen setzen sich für ein Februardenkmal ein. Dieses würde nicht nur an die Beteiligten des Februaraufstandes erinnern, sondern mit ihnen vor allem auch ihre Tat würdigen: den legitimen Widerstand gegen eine gewählte Obrigkeit, die zur Despotie mutierte. Damit würde symbolisch ein Widerstandsrecht festgehalten werden, wie es die österreichische Verfassung im Unterschied zum deutschen Grundgesetz nicht kennt. Die Botschaft, in Anlehnung an Hannah Arendt: Niemand hat das Recht, auf dem Weg in eine Diktatur schweigen zu gehorchen. Was für ein Zeichen in einem Land, in dem parieren vielen immer noch als erste Bürgerpflicht gilt.

Die Idee eines so politischen Denkmals gefällt allerdings nicht allen. Vor allem nicht jenen, die sich sorgen, dadurch unliebsame Diskussionen auszulösen. Statt die FebruarkämpferInnen zu ehren würden sie lieber die „Opfer der Jahre 1933–1938“, eventuell noch des „Regimes“ oder der „Diktatur“, gewürdigt sehen. Gegen die Auszeichnung von Opfern, so die Überlegung, kann im katholischen Österreich niemand etwas haben. Vor allem sparte man sich auf diese Weise aber alle Gegenwartsbezüge und damit womöglich heikle politische Auseinandersetzungen. Menschen ehren, die auf die

## HOTEL SCHIFF at



**Im Hotel Schiff in Linz nahmen die Kämpfe ihren Ausgang. Neun Schutzbündler wurden standrechtlich hingerichtet und mehr als 1.200 inhaftiert. Bis heute existiert in Wien kein Denkmal für die Frauen und Männer, die sich dem Austrofaschismus entgegenstellten.**

# und Februar 1934

Polizei geschossen haben – ja darf man denn des?

## Zweitens: Wie soll ein Denkmal aussehen?

Denkmäler haben unterschiedliche Funktionen und Zielgruppen. Soll das Denkmal primär ein Ort der Trauer für die Toten und Verletzten sein? Falls ja: für alle, gleichgültig ob Kämpfende auf Seiten der Regierung oder der Aufständischen? Ein Denkmal, das sich an Trauernde richtet, braucht wenig zu erklären, es spricht weitgehend für sich selbst. Diejenigen, die es aufsuchen, wissen, weshalb sie kommen. Ein Denkmal hingegen, das sich darüber hinaus dem Akt des Widerstandes widmet, richtet sich an ein wesentlich größeres Publikum, bei dem Vorwissen nicht notwendig vorausgesetzt werden kann. Zugleich müsste auch ein solches Monument fraglos einen Raum für ritualisiertes Gedenken schaffen. Es müsste also wesentlich mehr Eigenschaften in sich vereinigen als ein reines Symbol der Trauer. Auf den Punkt gebracht: Für Gedenkfeierlichkeiten zu Allerheiligen reicht ein schlichter Stein mit der Möglichkeit, Kränze niederzulegen. Ein Denkmal, das Menschen ansprechen soll, die bisher nicht weiter über den Februar 1934 nachgedacht haben, die vielleicht sogar überhaupt nichts mit diesem Datum verbinden (verschiedenen Studien zufolge trifft das auf zwei Drittel bis drei Viertel der ÖsterreicherInnen zu), ist konzeptionell und künstlerisch wesentlich anspruchsvoller – und deshalb wohl auch teurer.

Die originellsten, innovativsten Entwürfe sind erfahrungsgemäß das Ergebnis von Wettbewerben – die alleine kosten Geld, sie sorgen außerdem mitunter für heftige Streitereien. Es würde sich außerdem die Frage stellen, wer am Ende die Entscheidung über den geeignetsten Entwurf treffen soll: eine Jury von Kunst-

sachverständigen? Die Stadtreger? Die Opferverbände?

## Drittens: Wo soll das Denkmal hin?

Nicht nur in Wien ist die Errichtung von Denkmälern zunehmend verbunden mit einem Wettlauf um möglichst prominente Standorte. Je zentraler, je näher an staatlichen Repräsentationsbauten oder wichtigen Institutionen, desto prestigeträchtiger wird eine Würdigung, so scheint es. Die Aufständischen (und damit auch die Opfer) des Februar 1934 waren aber ganz dezidiert VorstadtbewohnerInnen. Hier lebten und arbeiteten sie, hier gehörten sie Organisationen an und verbrachten ihre Freizeit, hier kämpften und starben sie. Die Innere Stadt war ihnen fremdes Terrain, das sie meistens nur in politischen Zusammenhängen betreten: als DemonstrantInnen oder im Zuge von Mai Kundgebungen. Das ganze politische Wirken ihrer Bewegung, der Sozialdemokratie, zielte darauf, den Menschen in der Vorstadt endlich auch einen Teil vom schönen Leben zu sichern, den die in der Innenstadt längst genossen. Es ging darum, den Werte-Unterschied zwischen dem ersten und dem zehnten Bezirk aufzuheben. Ist es da nicht merkwürdig, wenn Favoriten, die Donaustadt oder Simmering plötzlich als zu mindere Standorte für ein Denkmal gelten, das an ebendiese Menschen erinnern soll? Hinzu kommt ein weiteres Problem: Die Februarkämpfe waren keineswegs ein rein Wiener Phänomen. Gekämpft wurde in der Steiermark, Nieder- und Oberösterreich, vereinzelt auch in Tirol. Würde es sich da nicht anbieten, einen international zunehmend verbreiteten Trend aufzugreifen und statt einem steinernen Block auf einer Grünfläche in der Bundeshauptstadt ein mobiles, überformbares, lebendes Denkmal zu schaffen? Ein solches Denk-

mal hätte eine Erinnerungsfunktion für Gewesenes, würde gleichzeitig aber auch die heute Lebenden mit einbinden. Ein prominentes Beispiel in diese Richtung ist das Mahnmal gegen Faschismus von Jochen Gerz in Hamburg, das keine Inschrift enthielt, sondern PassantInnen aufforderte, ihre Gedanken selbst einzuschreiben und sie so mit ihrer Umgebung zu teilen.

Es gibt also noch einiges zu tun. Um den bislang eher schleppenden Prozess zu beschleunigen, wäre die Erstellung eines Zeitplanes, eine offene Diskussion und die ursprünglich angedachte Einbindung möglichst aller

Interessengruppen überaus wünschenswert. Die Grundlage dafür könnten erste Überlegungen bilden, die das Institut für Zeitgeschichte im Auftrag der Stadt Wien angestellt hat und deren Ergebnisse seit kurzem vorliegen.

Florian Wenninger ■

## Zum Autor

Florian Wenninger ist Zeithistoriker und arbeitet derzeit am Projekt „Repression in Österreich 1933–1938“ in der Forschungskoordination.

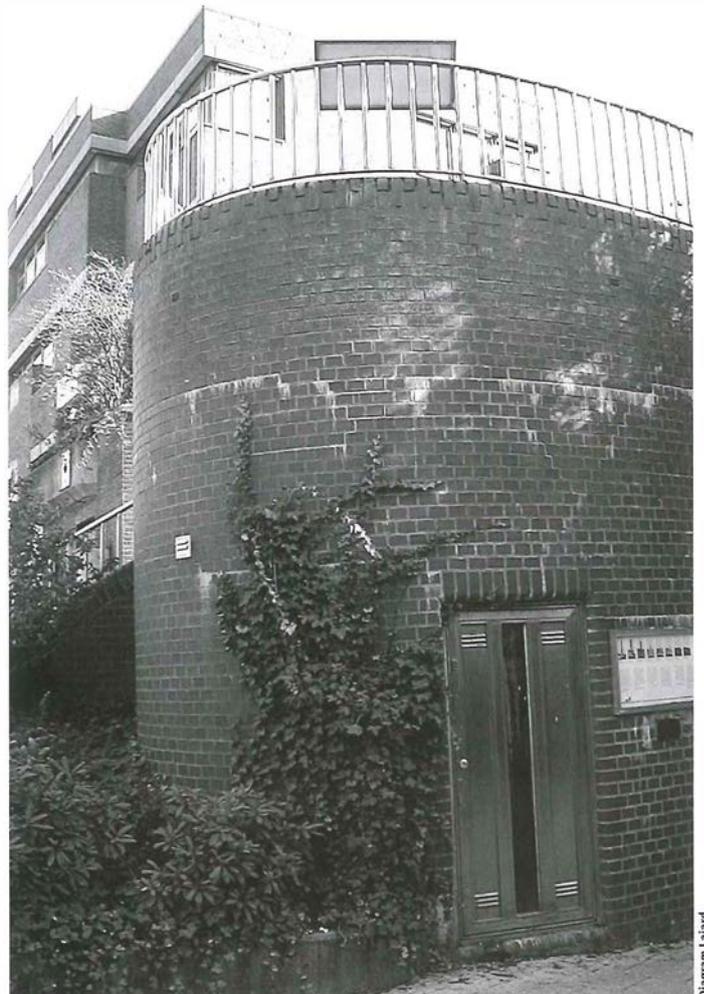


Diagram Lajard

Das von Jochen Gerz entworfene Mahnmal gegen Faschismus lud Menschen dazu ein, auf der Bleisäule im Inneren zu unterzeichnen und selbst Teil des Denkmals zu werden

# WIEN: Große Kundgebung vor der Parteizentrale

**Am Vorabend des 12. Februar lud die Wiener SPÖ Bildung, gemeinsam mit den Freiheitskämpfer(inne)n und der Sozialistischen Jugend Wien, zu einer großen Gedenkveranstaltung.**

**A**uf der Fassade des Parteihauses in der Löwelstraße waren auf einem Transparent jene Sätze der Widerstandskämpferin, KZ-Überlebenden und SPÖ-Politikerin Rosa Jochmann zu lesen, die immer gültig sein werden: „Ich habe gemeinsam mit Ausländerinnen und jüdischen Frauen großes Leid im Konzentrationslager

ertragen müssen, und es ist für mich erschreckend und beschämend, dass in der heutigen Zeit rechtsextreme und faschistische Tendenzen wieder gesellschaftsfähig werden. Wir Sozialdemokraten müssen alles daransetzen, dass es für alle Menschen in unserem Lande möglich ist, in Frieden und ohne Hass zu leben.“ Der Wiener SPÖ-Vorsitzende,

Bürgermeister Michael Häupl, unterstrich in seiner Rede die zentrale Bedeutung der Erinnerungskultur: „Wir bewahren nicht die Asche auf, sondern die Glut, die in uns steckt. Wir bewahren die Glut des Antifaschismus, des Freiheitswillens und der Verteidigung der Demokratie“, sagte Häupl bei der Gedenkfeier.

Gerald Netzl, Wiener Landesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen, verlas zu Beginn einer Rede zunächst die Namen jener GenossInnen, die 1935 beim Wiener Schutzbundprozess vor Gericht standen (mehr dazu im Artikel von Gerald Netzl auf Seite 8). 16 dieser 20 GenossInnen wurden bereits vor dem Februar inhaftiert, ihnen war die Teilnahme an den Kämpfen daher nicht möglich. Damit machte Netzl darauf aufmerksam, dass die Inhaftierung von Bezirkskommandanten und Kreisführern den Widerstand empfindlich schwächte. „Niemals vergessen!“

ist für uns keine hohle Phrase, sondern ein täglicher Auftrag“, betonte Netzl, der die TeilnehmerInnen dazu aufrief, die Arbeit unseres Bundes durch ihren Beitritt zu unterstützen.

Die Wiener SJ-Vorsitzende Marina Hanke strich hervor, dass die Losung „Niemals vergessen!“ ein Auftrag für die Gegenwart und ein Versprechen an die Zukunft ist, dass die Vergangenheit nie wieder passieren wird“. In diesem Sinne sei gelebter Antifaschismus wichtiger denn je. Das hätten auch das Gedenken auf dem Heldenplatz anlässlich des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz sowie die Demonstrationen gegen den FPÖ-Ball und gegen „Pegida“ gezeigt. „Rechte werden wieder mutiger. Wir dürfen nicht zuschauen und abwarten. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie Raum bekommen“, so Hanke, die darauf pochte, keine Koalitionen mit der FPÖ einzugehen. ■



Mit einer großen Gedenkveranstaltung vor der SPÖ-Zentrale in der Löwelstraße wurde in Wien der Opfer des Austrofaschismus gedacht

## OÖ: Gedenken in Holzleithen

**Holzleithen, ein bis dahin völlig unbekannter Ort im Hausruckviertel, erlangte im Februar vor genau 81 Jahren traurige Berühmtheit. Gedanken von Thomas Höpfl zum Gedenken an die Ereignisse.**

**D**ie österreichische Geschichte ist reich an Schicksalstagen. Holzleithen wird auf einmal auch zu einem Symbol für die Spaltung der österreichischen Gesellschaft in Arm und Reich. Dabei denken die sechs Arbeitersamariter wohl zunächst an einen Faschingsscherz, als der stellvertretende Bezirkshauptmann die Worte spricht: „Standrecht ist, stellt sie an die Wand und erschießt sie!“ Ein paar Schüsse aus den Gewehren von

Heimwehrleuten folgen. Vier Genossen fallen tödlich getroffen zu Boden, zwei sind schwer verletzt. Es folgen ein paar Anordnungen, Stimmengewirr und hektische Betriebsamkeit. Dann herrscht Stille. Grabesstille herrscht daraufhin auch im Ort. Die Bevölkerung ist sprachlos. Es folgen einige Begräbnisse auf dem Holzleithner Friedhof, ähnlich wie viele Begräbnisse in diesen kalten Tagen des Februar 1934 in Österreich.

Mutig waren die Genossen des Schutzbundes, die diesem Schicksal entrinnen wollten. Aber es war der Mut der Verzweiflung.

Das Hausruckviertel trug schon seit den Bauernkriegen das Symbol des Widerstandes, so entlegen es auch sein mag. 1934 wurde es auch zu einem der Zentren des Widerstandes gegen den Austrofaschismus. Was können wir aus solchen Momenten der Geschichte lernen, was sagen uns diese Momente?

Beim Zuschütten von Gräbern dürfen wir nicht vergessen. Vergessen wir nicht, dass es nicht genügt, Befehle zu geben und mit weißem Hemd und Krawatte dazusitzen. Nein, es muss auch jemanden geben, der den „Krampen“ hält. Auch heute noch. ■



Gedenken an die Februarkämpfer von Holzleithen in Oberösterreich

## SALZBURG: Kranzniederlegung am Hauptbahnhof

**M**it einer Kranzniederlegung am Salzburger Hauptbahnhof erinnern die Freiheitskämpfer/innen und die vda Salzburg an die Februarkämpfe. Die diesjährige Gedenkrede hielt Christine Peterle, deren Vater als 15-Jähriger die Februarkämpfe in Salzburg miterlebte und sich später – nachdem die Sozialdemokratie verboten worden war – bei den „Revolutionären SozialistInnen“ engagierte.

„Armut und Wirtschaftskrise

waren in den 1930er Jahren der Nährboden für Faschismus und Krieg. Gerade deshalb ist es so wichtig, Arbeitslosigkeit und Armut konsequent zu bekämpfen, um der jungen Generation eine gute Perspektive bieten zu können“, betonte Peterle in ihrer Rede.

Am Salzburger Hauptbahnhof wurde am Abend des 12. Februar – nach der Ausrufung des Generalstreiks – eine Lokomotive in die Drehscheibengrube gefahren. Zahlreiche Züge

konnten so bis zum darauffolgenden Abend nicht abgefertigt werden.

Größeres Blutvergießen gab es im Bundesland Salzburg keines,

da wichtige sozialdemokratische Funktionäre und Mitglieder des Schutzbundes innerhalb weniger Stunden verhaftet wurden. Die meisten von ihnen blieben bis Mai 1934 inhaftiert. ■



**Die Freiheitskämpfer/innen und die vda Salzburg erinnern am Salzburger Hauptbahnhof an die Februarkämpfe vor 81 Jahren**

## TIROL: Buch über MusikerInnen präsentiert

**D**ie Tiroler Freiheitskämpfer/innen, die Jugendorganisationen, das Renner Institut und die SPÖ Tirol gedachten heuer in Wörgl sowie im Innsbrucker Parteihaus. Univ.-

Prof. Dr. Hartmut Krones, „Musikalischer Beirat“ des Österreichischen Arbeitersängerbundes, präsentierte das von ihm herausgegebene Buch „Geächtet, verboten, vertrieben. Österreichische Musiker 1934 – 1938 – 1945“.

Die Gedenkveranstaltung im Parteihaus wurde vom „Roten Singkreis“ unter Gabi Rothbacher mit Arbeiterliedern, von Gemeinderätin Sophia Reisecker mit Rezitationen aus Werken vertriebener sozialdemokratischer Autoren und einem Abriss der Ereignisse im Februar 1934 in Tirol von Ingrid Tschugg sehr beeindruckend gestaltet. Helmut Muigg von den Freiheitskämpfer/innen Tirol begrüßte und moderierte.

Die Drangsalierung der Arbei-

tersänger begann nach einem im September 1932 im Wiener Stadion stattfindenden Festkonzert. Nach einem weiteren Festkonzert im Oktober 1933 ordnete Kanzler Dollfuß höchstpersönlich die Auflösung des jubelnden Chores an. Den Arbeiterchören gingen nach dem Februar 1934 Auflösungs-Bescheide zu, die Polizei beschlagnahmte ihr Eigentum: Geldmittel wurden eingezogen, Notenarchive vernichtet oder „vaterländischen“ Vereinen übergeben, Möbel und Instrumente enteignet. ■



**Die Gedenkveranstaltungen der Tiroler GenossInnen erfreuten sich regen Interesses**

Christian Niederwölfngruber

## KÄRNTEN: Gedenken mit Landeshauptmann Kaiser

**M**it Kranzniederlegungen auf dem Friedhof Annabichl/Klagenfurt sowohl beim Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich als auch am Grab des Freiheitskämpfers und späteren Landtagspräsidenten Hans Pawlik durch Bundesrätin Ana Blatnik, den Landesvorsitzenden der Freiheitskämpfer/innen Kärnten Prof. Vinzenz Jobst, Vzbgm.<sup>in</sup> Maria-Luise Mathiaschitz sowie zahlreicher weiterer VertreterInnen der Kärntner Sozialdemokratie gedachte die SPÖ Kärnten

der Ereignisse vor 81 Jahren.

Das Gedenken an dunkle historische Ereignisse, wie den 12. Februar 1934, mache auch heute



**Prof. Vinzenz Jobst bei seiner Gedenkrede am Grab von Hans Pawlik**

noch deutlich, wie wichtig der Widerstand gegen Ausgrenzung und Aufhetzung und der Einsatz für Solidarität und Gerechtigkeit sei, hob SPÖ-Landesvorsitzender,

Landeshauptmann Peter Kaiser hervor. „Demokratie muss jeden Tag erkämpft und ver-

teidigt werden. Die Geschichte kann dabei Lehrmeisterin für die Zukunft sein“, betonte der Landeshauptmann.

In einer kurzen Ansprache erinnerte Jobst an die Kärntner Opfer der Februarkämpfe und an die langjährigen Bemühungen, das Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich auf dem Friedhof Annabichl neu zu gestalten. Jobst geht davon aus, dass die Fertigstellung des erneuerten Mahnmals bis zum Nationalfeiertag erfolgen wird. ■

# Der Wiener Schutz

**Gerad Netzl widmet sich in seinem Artikel über den Wiener Schutzbundprozess den Auswirkungen auf die Februarkämpfe, der propagandistischen Funktion für das Regime und dem Prozessgeschehen an sich.**

Im April 1935, 14 Monate nach den Februarkämpfen, stellte das Schuschnigg-Regime Major Alexander Eifler, den vormaligen Stabschef des Republikanischen Schutzbunds, und 20 Kreis- und Bezirksführer wegen Hochverrats vor Gericht. 16 der Angeklagten waren bereits vor dem 12. Februar 1934 verhaftet worden, und keinem von den anderen war eine Teilnahme an den Kämpfen nachzuweisen. Deshalb musste sich die Anklage

auf die Vorwürfe einer „großzügigen Aufrüstungsaktion“ 1932 bis 1934 sowie auf einer Sitzung in der Parteizentrale im Jänner 1934 den Aufstand gegen die Regierung beschlossen zu haben beschränken. Aber Waffen hatten auch die Wehrformationen der Rechten gehortet und es konnte weder in der Voruntersuchung noch im Verlauf der Verhandlung nachgewiesen werden, dass die Schutzbundführung einen Beschluss zum

Aufstand gefasst hatte. Dennoch wurden die Angeklagten entsprechend ihrer Stellung in der Schutzbund-Hierarchie zu Kerkerstrafen von 18 Jahren abwärts verurteilt.

## Propagandistische Funktion

Der Prozess hatte eindeutig eine propagandistische Funktion. Das Regime versuchte vor der Weltöffentlichkeit einseitig der österreichischen Sozialdemokratie die Schuld am Aufstand und den Kämpfen zuzuschreiben. Sein Ergebnis war, wie bei politischen Schauprozessen üblich, vorprogrammiert. Im Zuge der Weihnachtsamnestie 1935 wurden allerdings bald alle Verurteilten begnadigt. Gibt es ein besseres Zeichen für die Haltlosigkeit der Anklage? Wichtig zu wissen: Der Schutzbundprozess stand in einem zeitlichen politischen Zusammenhang mit dem Prozess gegen den in den Juliputsch der Nazis verwickelten ehemaligen steirischen Landeshauptmann Anton Rintelen. Für seine Komplizenschaft beim Juliputsch wurde dieser am 14. März 1935 zu lebenslangem Kerker verurteilt.

Zurück zum Thema. Die Verhaftungen der späteren Angeklagten erfolgten Anfang Februar 1934, um von ihnen Waffenverstecke zu erfahren. Das gelang durch den Einsatz von Gewalt teilweise auch. Eine unrühmliche Rolle spielte Eduard Korbel, Bezirkskommandant von Fünfhaus und Leiter des Kreises Wien-West (Bezirke 6, 7 und 13 bis 16), der dem Druck nicht standhalten konnte, brisante Informationen verriet und beim Prozess selbst als Kronzeuge fungierte.

## 7.800 Verhaftungen

In den Tagen und Wochen nach den Februarkämpfen wurden allein in Wien rund 7.800 Personen verhaftet, unterschiedlich lange festgehalten und schließ-

lich mehr als 1.600 den Gerichten überstellt. Hunderte Schutzbündler befanden sich auf der Flucht, zumeist im Exil in der Tschechoslowakei oder schon in der Sowjetunion. Ende April und Anfang Mai 1934 sortierte das Landesgericht II aus den diversen Verfahren wegen der Bewaffnungsaktion die hochkarätigen Schutzbundführer aus und vereinigte ihre Akten Ende November 1934 zum Hochverratsverfahren gegen Eifler und Genossen.

Bereits vor dem 12. Februar 1934 waren die Angeklagten – teilweise im wahrsten Sinne des Wortes – geschlagene Männer und glaubten, anders als die „einfachen“ Schutzbündler, nicht mehr an einen möglichen militärischen Sieg. Seitz, Renner, Helmer und Danneberg wurden am 12. Februar verhaftet. Wenn die ganze Partei hinter dem Kampf gestanden wäre, wenn ihre angesehenen Führer alle österreichischen Demokraten gegen die Diktatur mobilisiert hätten, wenn nicht ein paar tausend isolierte, schlecht bewaffnete Schutzbündler, sondern die ganze österreichische Arbeiterklasse rechtzeitig gegen Dollfuß aufgestanden wäre, hätte es eine kleine Chance für einen Sieg gegeben. Doch keiner der Parteiführer wollte die Verantwortung übernehmen, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen, weil keiner mehr an einen Sieg glauben konnte. Die inhaftierten Parteivorstandsmitglieder wollten auch nach den Kämpfen nicht die Verantwortung dafür übernehmen und erklärten allesamt, sie wären schon immer gegen den Kampf und für einen friedlichen Ausgleich gewesen. Die verhafteten Führer des Schutzbunds hatten den schwarzen Peter – sie mussten die Suppe auslöffeln, die ihnen die Partei eingebrockt hatte (Otto Bauer und Julius Deutsch, ihr Leben war am höchsten gefährdet, flo-

## Über Alexander Eifler

Alexander Eifler Edler von Lobenstedt (30. 5. 1888 bis 2. 1. 1945, KZ Dachau) entstammte einer Offiziersfamilie, wurde im Ersten Weltkrieg verwundet und trat 1918 in die Volkswehr (Kompaniekommandant im „Volkswehr-bataillon Arsenal“) ein. 1920 wurde Eifler vom Bundesheer übernommen, wo die Lage sozialdemokratischer Offiziere zunehmend schwieriger wurde. Er nahm nach dem 15. Juli 1927 seinen Abschied und wurde Stabschef des Republikanischen Schutzbunds.

Am 16. 3. 1938 wurde Eifler von der Gestapo verhaftet und mit dem ersten Österreichertransport („Prominententransport“) zunächst ins KZ Dachau, dann ins KZ Flossenbürg gebracht. Ab 1940 war Eifler wieder in Dachau, wo er nur wenige Monate vor der Befreiung starb. Die in den Jahren 1929 bis 1931 errichtete Wohnhausanlage der Gemeinde Wien, 17., Hernalser Hauptstraße 221, wurde 1950 von Bürgermeister Körner (!) „Eiflerhof“ benannt.



**Alexander Eifler, Offizier des österreichischen Bundesheeres und militärischer Führer des (sozialdemokratischen) Republikanischen Schutzbundes bis 1934, wurde mit dem ersten Österreichertransport in das KZ Dachau gebracht, wo er 1945 umkam.**

# Schutzbundprozess 1935



**Schutzbundkurs mit Teilnehmern aus der Steiermark, Anfang der 1930er Jahre. 1. v. l.: der Führer des Republikanischen Schutzbunds Alexander Eifler**

hen bereits am 13. Februar in die ČSR).

## Dokumente zum Prozess

Für den Prozess stellte Julius Deutsch im Ausland eine umfangreiche entlastende Broschüre, „Dokumente zum Schutzbundprozess“, zusammen, die die Herkunft der Waffen der Parteiformationen ebenso umfassend dokumentiert wie die Rolle des Schutzbunds als quasi-legale Miliz bei der Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit und die von der Sozialdemokratie ausgehenden Bemühungen um eine innere Abrüstung. Das Auslandsbüro der österreichischen Sozialisten in Brünn und das ZK der Revolutionären Sozialisten animierten in- und ausländische Solidaritätsaktionen. In Frankreich, England, Schweden und den USA wurden Protestversammlungen abgehalten und Telegramme verschickt, zum Prozess kamen ausländische Beobachter.

Am 2. April 1935 (!) begann die Hauptverhandlung, auf die hier nur kurz eingegangen werden kann. Nach Verlesung der Anklageschrift hielt Alexander Eifler seine Rede. Er bekannte sich

nicht schuldig. Eifler schilderte seine persönliche Entwicklung nach Kriegsende vom monarchistischen Offizier zum bei seinen Soldaten beliebten Soldatenrat sowie die Entstehung und Entwicklung des Schutzbunds. Eifler zeigte die antidemokratischen faschistischen Umtriebe der Heimwehren, besonders ab 1929, auf. Laut illegaler Arbeiter-Zeitung hat er sich „überaus mannhaft und geschickt verantwortet“.

Als Nächster wurde der ehemalige Finanzreferent des Schutzbunds, Hauptmann Rudolf Löw, einvernommen. Am Ende des langen Kreuzverhörs kam es zu einem Zwischenfall. Bei der Äußerung des Angeklagten, dass die sozialdemokratische Partei doch nicht ohne Waffen sein konnte, wenn die anderen rüsteten, riefen mehrere Zuschauer laut „Bravo“ und klatschten Beifall. Der Vorsitzende ermahnte zur Ruhe und erklärte, den Saal räumen zu lassen, falls noch

einmal eine solche Beifallsäußerung geschehe. Die meisten Angeklagten bemühten sich, ihre Rollen kleinzureden und sich nicht zu belasten.

## Schutz der Republik

Theodor Körner war als Zeuge vorgeladen. Er entledigte sich der Aufgabe mit der Eleganz und Würde, die ihm eigen waren. Er gab zu, die Partei wegen ihrer Aufmarschpläne kritisiert zu haben und noch immer der gleichen Meinung zu sein. Gleichzeitig sprach er auch die Überzeugung aus, dass der Februarkampf nicht durch einen

Aufstand der Sozialdemokraten entstanden sei. Körner ging mit erhöhtem Prestige aus dem Schutzbundprozess heraus.

Nach zwei Wochen hielten Staatsanwalt und Verteidiger ihre Plädoyers. Im Anschluss sagte Eifler im Namen aller Angeklagten: „... dass wir nie die Absicht hatten, Hochverrat zu üben. Wir waren stets bedacht, die republikanische Staatsform und die Verfassung zu schützen.“ Die Urteile waren überaus hart: Kerkerstrafen von 18 Jahren abwärts bei nur einem einzigen Freispruch (in Summe 130 Kerkerjahre). Die Berufungen und Nichtigkeitsbeschwerden wurden bis auf eine alle abgelehnt. Schrieb die Reichspost von „einem menschlichen, einem österreichischen Urteil“, nannte es die Arbeiter-Zeitung ein „Bluturteil“. Im Zuge der Weihnachtsamnestie 1935 begnadigte der Bundespräsident die Schutzbundführer. Ihre Freiheit hatten sie damit wieder, ihre Existenzen waren zumeist vernichtet. Alexander Eifler wurde am 16. März 1938 von der Gestapo verhaftet und mit dem ersten Österreichertransport („Prominententransport“) ins KZ Dachau, dann ins KZ Flossenbürg gebracht. Ab 1940 war Eifler wieder in Dachau, wo er am 2. Jänner 1945, nur wenige Monate vor der Befreiung, starb.

**Schutzbundkurs in Bruck a. d. Mur (Stmk.), 1932. 1. Reihe, 1. v. l.: Alexander Eifler, 2. v. l.: Hermann Lackner**



# Der Dollfuß-Mythos

**Mit ihrem Buch „Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen“ schrieb die Historikerin Lucile Dreidemy nicht nur eine Biografie, sondern stellt vor allem auch das Wirken und Nachwirken des Kults um und die bedenkliche Verharmlosung von Engelbert Dollfuß dar.**

In Jahren, die auf „4“ enden, kommt es regelmäßig und zuverlässig zur kontroversen Diskussion über den noch heute umstrittensten österreichischen Bundeskanzler. Dollfuß war der Autorin zufolge nicht immer ein Feind der Sozialdemokratie, das wurde er, als er im Mai 1932 Bundeskanzler wurde und die SDAP zunehmend eine harte Oppositionspolitik betrieb. Je mehr er auf diktatorische Maßnahmen zurückgriff, desto weiter entfernte er sich von der Sozialdemokratie.

Dreidemy berichtet von gigantomanischen Plänen eines riesigen „Forums“, angelehnt an die Vorbilder Mussolini und Hitler, die nach Dollfuß' Ermordung von Schuschnigg und der Vaterländischen Front gewälzt wurden. Der heutige Leser schüttelt darüber nur den Kopf. Der Dollfuß-Mythos funktionierte mit Segen und Förderung der katholischen Kirche als Quasi-

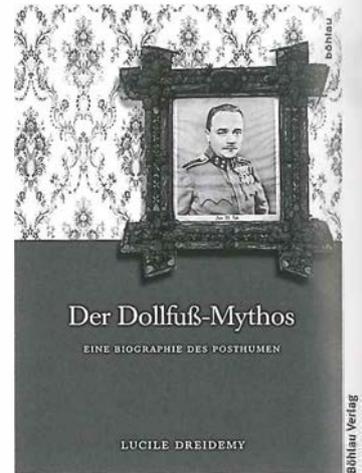
Heiligenverehrung und sollte das Schuschnigg-Regime legitimieren. Die Historikerin schreibt von zweierlei Mythen: dem der Verherrlichung und dem der Dämonisierung. Letzterer wurde von der Sozialdemokratie konstruiert und gepflegt. Beiden politischen Lagern diente (und dient zum Teil heute noch) ihr jeweiliger Mythos zur Integration und Identifikation. Die konservativen Dollfuß-Verehrer stell(t)en ihn als Märtyrer und Führer über den Tod hinaus dar, womit allerdings auch die Ablehnung der pluralistisch-demokratischen Gesellschaft begründet wird. Eine zu starke Fixierung der linken Kritiker allein auf Dollfuß bewirkt eine fälschliche Schmälerei der negativen Rollen Schuschniggs, Feys, Starhembergs und Konsorten.

Dreidemy, die am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien arbeitet, hat eine riesige

Zahl an in- und ausländischen Quellen ausgewertet. „Ihre Haltung entspreche keiner Parteilinie“, heißt es im Vorwort, sondern „einerseits einer demokratischen Gesinnung und andererseits den im Laufe der intensiven Beschäftigung mit Sekundär- und Primärquellen gewonnenen Erkenntnissen über Dollfuß' Politik und Ideologie“.

Besonders verdienstvoll ist die Auflistung der gesamten verklärenden Dollfuß-Literatur, gerade auch aus der jüngeren Vergangenheit, und das Aufzeigen eines internationalen Netzwerks. An erster Stelle der Revisionisten steht Gottfried-Karl Kindermann. Für Verwunderung beim Leser/bei der Leserin sorgt allein die mehrfache Verwendung des Nazi-Terminus „Systemzeit“ ohne Anführungszeichen, wenn sie vom Austrofaschismus schreibt.

Fazit: Insgesamt sehr lesenswert mit vielen wichtigen Inhalten und Daten, die in dieser kurzen Rezension gar nicht erwähnt werden können. Unter anderem auch die Tabuisierung der Februarkämpfe nach 1945 und



**Lucile Dreidemy:**  
**„Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen.“ Böhlau, Wien-Köln-Weimar, 2014**  
**ISBN: 978-3-205-79597-1,**  
**364 Seiten, € 29,90**

die daraus resultierende Verklärung der Rolle von Dollfuß selbst. Die Mythen leben bis heute von der immer wiederkehrenden Konfrontation und werden spätestens 2024 wieder „bestritten“. Das wertvolle Buch vertieft die bei Böhlau erschienenen „Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime“ (2012) und „Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes“ (2013). ■



**Vor der Hinrichtung des Häftlings Hans Bonarewitz im KZ Mauthausen spielt eine Häftlingskapelle; in der Mitte Willi Heckmann mit kleinem Akkordeon; rechts neben ihm (wahrsch.) Georg Streitwolf**

## DVD: „Klänge des Verschweigens“

**W**illi Heckmann war Musiker. Er spielte Akkordeon, sang und war bei allen beliebt. Klaus Stanjek erinnert sich gern an seinen Onkel, an die Geschichten, die er erzählte, die gute Stimmung, die er verbreitete. Erst spät im Leben erfährt Stanjek, dass Willi acht Jahre seines Lebens im KZ verbracht hat. Der Grund: Willi Heckmann war homosexuell. Als „entartet“ wurde er bezeichnet. Auch nach 1945 musste Willi daher seine Sexualität, sein wahres Ich immer verbergen.

Für Klaus Stanjek, der seinen

Onkel immer verehrte und liebte, sind all die lückenhaften und widersprüchlichen Erinnerungen der Familie Grund genug, sich selbst auf Spurensuche zu begeben. Und so recherchiert Stanjek über das Leben von Willi Heckmann. Er bedient sich alter Fotos, die Willi in jungen Jahren zeigen, hübsch frisiert, weiche sensible Gesichtszüge. Aber er montiert auch andere Aufnahmen in den Film hinein. Willi im KZ, kahl rasiert, das Gesicht leer und ohne Leben, in den Armen ein Akkordeon.

Neben der Geschichte von Stanjeks Onkel reflektiert der

Film aber auch die Geschichte der Homosexualität in den Zeiten des Dritten Reichs, die Verfolgung der unschuldigen Menschen, die Ausgrenzung sogenannter „Andersartiger“, die, laut Gesetz, in Westdeutschland bis in die 1990er Jahre durch den Paragraphen 175 fortgeführt wurde.

„Klänge des Verschweigens“ ist ein unmessbar wichtiger Film gegen das Vergessen. Er erhielt das Prädikat „besonders wertvoll“. Weitere Informationen zum Filmprojekt finden sich auf der Seite [klaenge-des-verschweigens.de](http://klaenge-des-verschweigens.de). ■

# Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

**Gerald Netzl hat das ehemalige Konzentrationslager in Lichtenburg sowie die dazugehörige Ausstellung besucht und seine Eindrücke für unsere Zeitung festgehalten.**

Im späten 16. Jahrhundert ließ Kurfürst August von Sachsen in dem Städtchen Prettin an der Elbe sein Schloss Lichtenburg errichten. Bereits nach den Napoleonischen Kriegen wurde dieses als „Straf- und Besserungsanstalt“ benutzt. Im Juni 1933 richteten schließlich die Nationalsozialisten in der zuvor weitgehend leer stehenden Anlage eines ihrer frühen Konzentrationslager ein.

Die ersten Inhaftierten stammten aus der Region und waren überwiegend Angehörige, Funktionäre und Sympathisanten der KPD sowie Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Intellektuelle unterschiedlicher Berufe und politischer Auffassungen. Später wurden Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Kriminelle, sogenannte „Berufsverbrecher“ und „Rasseschänder“ dort interniert. Das KZ Lichtenburg hat vor allem in der Frühphase aufgrund seiner Nutzung als zentrales Schutzhaftlager für Preußen und als „Muster- und Ausbil-

dungs-KZ“ bei der Entwicklung sowie bei der Reorganisation und Institutionalisierung des Konzentrationslagersystems 1934/35 eine herausragende historische Bedeutung. Neben Dachau war Lichtenburg das einzige frühe Lager, das über mehrere Jahre existiert hat. Nach der Auflösung des Män-

nerkonzentrationslagers 1937 wurde ein KZ für Frauen begründet, das als Vorläufer für das spätere Lager in Ravensbrück gilt. Weibliche Gefangene aus dem gesamten Reich wurden nun in die Lichtenburg überführt. Über die gesamte Dauer der Existenz des Lagers waren dort etwa 10.000 Häftlinge eingesperrt, von denen nur wenige umgebracht wurden. Die Praxis der SS in den frühen Lagern war die Terrorisierung, noch nicht



**Eine Gedenktafel zur Mahnung an die Nachgeborenen vor der KZ-Gedenkstätte**

## Wer war Steffi Kunke?

Steffi Kunke, geborene Jelinek, 24. 12. 1908–14. 2. 1943, war in der Sozialistischen Arbeiterjugend in Mauer bei Wien aktiv. Nach dem Februar



1934 waren sie und ihr Mann Hans Mitglieder des Zentralkomitees der „Revolutionären Sozialistischen Jugend“. 1936 wurden beide wegen der Verbreitung illegaler sozialdemokratischer Literatur verhaftet und zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt, aufgrund

des Amnestierungsgesetzes jedoch wieder freigelassen. Am 20. Mai 1938 wurde das Ehepaar von der Gestapo verhaftet und ohne Gerichtsurteil ins KZ eingeliefert. Steffi wurde in die Lichtenburg gebracht, im Mai 1939 nach Ravensbrück und schließlich nach Auschwitz, wo sie ermordet wurde. Seit 17. Mai 2014 erinnert in der Maurer Lange Gasse 47 ein „Stein der Erinnerung“ an Steffi Kunke.

die massenweise Tötung der Häftlinge.

Die kleine Ausstellung ist modern, übersichtlich und informativ. Sie informiert spezifisch über den Ort und allgemein über das KZ-System. Jedes Jahr werden 4.000 BesucherInnen gezählt. Interessant und nachahmenswert ist der beim Eingang und auf der Website deutlich sichtbare Hinweis für BesucherInnen „zur Wahrung eines würdigen Gedenkens“. Angehörigen rechtsextremer Parteien und Organisationen kann der Zutritt zur Gedenkstätte verwehrt werden. ■

## Gedenkstätte Kreuzstadl

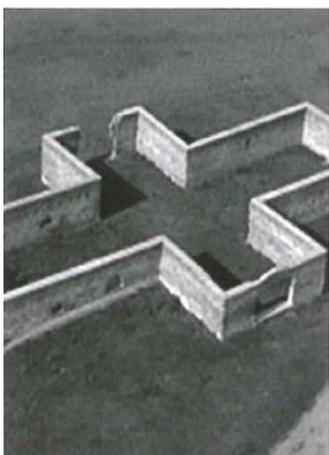
Am südlichen Ortsrand von Rechnitz befindet sich die Gedenkstätte Kreuzstadl. Sie erinnert an die Opfer des Südostwall-Baues in der Endphase des Zweiten Weltkriegs. Im März 2015 jährt sich der Tag des „Kreuzstadlmassakers“ zum 70. Mal. Auf freiem Feld wurden in der Nähe des Gebäudes in der Nacht vom 24. auf den 25. März 1945 180 ungarische jüdische Zwangsarbeiter ermordet und verscharrt. Bis heute wird nach dem Massengrab gesucht, um die Opfer in gebührender Weise und nach jüdischer Zeremonie bestatten zu können.

Der Kreuzstadl galt jahrelang als ein Symbol für eines der grausamsten Verbrechen während der NS-Zeit und für deren Verdrängung nach Kriegsende. Seit 1991 setzt sich die Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative (RE.F.U.G.I.U.S.) dafür ein, dass der Kreuzstadl in Rechnitz als Mahnmal erhalten bleibt. Durch eine private Spendeninitiative war es 1993 möglich, die Ruine des Kreuzstadls zu erwerben und an den Bundesverband Israelitischer Kultusgemeinden zu übergeben.

Der im März 2012 neu errichtete Informations- und Dokumenta-

tionsbereich dokumentiert, wie es dazu kam, dass ab Herbst 1944 einheimische Zivilpersonen, FremdarbeiterInnen und ZwangsarbeiterInnen zum Bau der Militärstellung „Südostwall“ gezwungen wurden. Als Lernort, Erinnerungsort und Begegnungsort will die Gedenkstätte Kreuzstadl die folgende Botschaft weitertragen: „Nur das Erinnernte, nicht das Vergessene, lässt uns lernen. Wir alle gestalten Geschichte, die Geschichte formt uns. Suchen wir Antwort auf Geschehenes, tragen wir Verantwortung für die Zukunft.“

Christine Teuschler ■



**Der sogenannte Kreuzstadl ist heute nur noch als Ruine erhalten**



# Eine neue Rechtsfront in Deutschland und Österreich

**Ali Kohlbacher hat sich Gedanken über „Pegida“ gemacht. In seiner Analyse zeigt er auf, was sich hinter den neuen Kleidern der Rechten verbirgt und wie diesen Umtrieben der Nährboden entzogen werden kann.**

**D**urch Schweden, Dänemark, Deutschland, Österreich und die Schweiz, durch Frankreich, Italien, Ungarn, die Ukraine und Griechenland ziehen neue „Retter“ der christlich-abendländischen Kultur, gewürzt mit krudem Nationalismus, gehässiger Fremdenfeindlichkeit und alten/neuen Rassismen gegen eine vermeintliche Islamisierung Europas. Ihre Namen, ihre Fahnen und Slogans sind alter Wein in neuen Fässern und tausende folgen ihnen. Man muss schon genau hinschauen und hinhören, was sich hinter dem „Neuen“ verbirgt. Seit kurzem marschieren in Deutschland und nun auch in Österreich eine neue Rechte unter dem Decknamen „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ durch die Städte. In Dresden waren es anfangs einige hundert, kurz vor Weihnachten waren es schon 17.000 und Mitte Jänner zählte man 25.000. In Dresden nennen sich die „Patriotischen Europäer“ „Pegida“, in Bonn „Bogida – Bonner gegen die Islamisierung des Abendlandes“, in

Leipzig „Legida“, in Düsseldorf „Dügida“.

Kernbotschaften der „Patriotischen Europäer“ sind Islam- und Ausländerfeindlichkeit. Dahinter verbergen sich Rassismus, Angst vor „Umvolkung“, Ablehnung der EU und „Deutschland, Deutschland über a-alles“. Dahinter verbergen sich auch Krisenängste, Ängste vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg, die die Verführer geschickt zu kanalisieren und zu nützen wissen. So finden sich auch soziale Forderungen auf den Transparenten oder Slogans aus DDR-Zeiten, wie „Wir sind das Volk“ oder aktuelle, parteienkritische Losungen, wie „Parteien gute Nacht, Bürger an die Macht“. Die SympathisantInnen und MitläuferInnen der „Patriotischen Europäer“ sind daher nicht nur die alten und jungen Rechtsextremen, Mitglieder der NDP oder Neonazis. Die „Pegida“-MitläuferInnen und -SympathisantInnen rekrutieren sich auch aus dem Kreis der VerliererInnen im kapitalistischen System, den Opfern der Krise, aus Menschen, die von

der Politik, den PolitikerInnen und von den demokratischen Institutionen enttäuscht sind. Sie neigen autoritären Lösungen zu und erhoffen sich von starken „Männern“ (Führern) das Heil. Diese illusionären Erwartungen verstehen die Rechtsradikalen, Faschisten und Neonazis perfekt zu bedienen. So soll es nicht verwundern, dass die Bonner Demonstration vom 17. 12. von Melanie Dittmer angemeldet wurde, die dem Landesvorstand der rechtsradikalen Pro NRW angehört.

Nun hat der „Pegida“-Bazillus auf Österreich übergegriffen. Für eine islamfeindliche, rassistische Grundstimmung hat hierzulande eine jahrelange FPÖ-Propaganda gesorgt, an die „Pegida“ unmittelbar anknüpfen konnte. Am 2. Februar zeigte „Pegida“ bei einer Demonstration in Wien erstmals ihr Gesicht. Der angekündigte Marsch verkam zu einer Stehpartie von rund 300 „Pegida“-AktivistInnen in der Wiener Innenstadt, umgeben von Polizei und 3.000 GegendemonstrantInnen. Und es kam wie erwartet: Die Polizei registrierte Hitlergrüße und „Heil Hitler“-Rufe, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes sichtete Mitglieder der rechten „Identitären“, polizeibekanntes schlagende Burschenschafter, rechte Hooligans vom verbotenen, neonazistischen Fanblock „Unsterblich Wien“, Mitglieder der Skinhead-Gruppe „Blood & Honour“ und den Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf neben anderen FPÖlern.

Mehr oder weniger zeitgleich zogen 8.000 junge und ältere AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen, christliche Gruppen, SozialdemokratInnen und andere Linke, Grüne und viele muslimische und weltliche

ImmigrantInnen von der Universität zur Schlusskundgebung auf dem Stephansplatz.

Die Personalquerelen innerhalb der neuen Rechten in Deutschland und in Österreich dürfen uns nicht zu der Annahme verleiten, dass damit die Gefahren von rechts weniger ernst zu nehmen sind. Mit anhaltender Krise und wachsender Politikverdrossenheit wächst auch die Bereitschaft weiter Bevölkerungskreise, rechten Demagogen und Verführern zu folgen. Einer deutschen Umfrage zufolge zeigen 46 Prozent der SPD-Mitglieder Verständnis für die Anliegen der „Pegida“. Bei der CDU/CSU sind es sogar 54 Prozent. Da müssten die Alarmglocken schrillen!

Hört man sich in unseren SPÖ-Sektionen um, hört man hin und wieder Meinungen, dass die SPÖ die Koalition mit der erpresserischen ÖVP beenden und dafür mit der FPÖ eine Regierung bilden sollte („Die Blauen stehen uns sozial näher“). Hier ist offensichtlich die soziale Demagogie der FPÖ auf fruchtbaren Boden gefallen. Wir Freiheitskämpfer/innen kennen die Absichten und Finten der Rechten. SozialistInnen in Europa müssen, ehe es zu spät ist, entschiedener als bisher jene Voraussetzungen schaffen, die den Umtrieben der neuen und alten Rechten ihren Nährboden entziehen. Dazu gehören gravierende Änderungen in der Umverteilungs-, Spar- und Investitionspolitik in Europa im Interesse der Klasse der Arbeitenden; die Schärfung und konsequente Anwendung der Mittel der Justiz und Exekutive gegen rechtsradikale Umtriebe und Straftaten; umfassende Aufklärungs- und Bildungsarbeit für Mitglieder und Funktionäre und die Mobilisierung des Widerstands der GenossInnen gegen Aufmärsche der Rechten. ■



**In Wien und in Linz scheiterten die „Pegida“-Kundgebungen am entschlossenen antifaschistischen Widerstand.**

# Sie werden nicht durchkommen!

**In der antifaschistischen Bündnispolitik hat sich in den letzten Monaten und Jahren in Wien einiges getan. Marina Hanke, Landesvorsitzende der SJ Wien, bietet in ihrem Artikel einen Überblick über die wichtigsten Zusammenschlüsse.**

Am 30. Jänner feierte der Wiener FPÖ-Akademikerball zum dritten Mal in der Hofburg, während auf der Straße tausende AntifaschistInnen ihre Meinung zum Ausdruck brachten. Was heute ein FPÖ-Ball ist, war bis 2012 der Ball des Wiener Korporationsrings, ein von schlagenden Burschenschaften organisierter Treffpunkt zahlreicher österreichischer und europäischer Rechtsextremer, ein Vernetzungstreffen der österreichischen akademischen Rechten. Die Proteste und Mobilisierung unterschieden sich von Jahr zu Jahr ebenso wie die öffentliche Aufmerksamkeit, die polizeilichen Maßnahmen und die mediale Rezeption. Hinter den großen Demonstrationen und Kundgebungen der letzten Jahre standen mehrere antifaschistische Bündnisse, die sich in ihren politischen Zielrichtungen und dem Spektrum an Aktionsformen unterscheiden und auf die im Folgenden genauer eingegangen werden soll.

Seit mehreren Jahren versucht die *Offensive gegen Rechts* (kurz: OgR), sich dem Ball der Rechten entgegenzustellen. Das Bündnis versteht sich als „Aktionsbündnis gegen Faschismus, Rechtsextremismus und andere Rechte“ und hat das Ziel, rechte Aufmärsche durch Protest auf der Straße zu verhindern. Neben Demonstrationen mit tausenden Menschen versuchte die OgR auch mittels zivilem Ungehorsam und Blockaden den Akademikerball zu verhindern – eine für Wien bisher untypische und polarisierende Aktionsform, der

von Polizeiseite oft mit verstärkter Repression entgegnet wurde. Die *Offensive gegen Rechts* setzt sich zu einem großen Teil aus Jugend- und Studierendenorganisationen mit einem sozialistischen und kommunistischen Hintergrund zusammen und hat sich zum Ziel gesetzt, die Proteste gegen rechtsextreme und faschistische Entwicklungen



**Die Offensive gegen Rechts bündelt ein buntes Spektrum an NGOs, politischen Organisationen, KünstlerInnen u. v. m. für antifaschistische Interventionen**

möglichst breit zu bewerben sowie Pläne und Strategien offen zu kommunizieren. An der Demonstration in diesem Jahr nahmen rund 9.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten teil, viele davon versuchten anschließend, Zufahrten zu Hofburg und Ball zu versperren.

Im Bündnis „Jetzt Zeichen setzen!“ finden sich neben den Parteien SPÖ und Grüne eine Vielzahl von NGOs mit einem antifaschistischen und antirassistischen Bekenntnis sowie die

Israelitische Kultusgemeinde, das Mauthausen Komitee, die ÖH und die BJV. Das Bündnis macht sich „für die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, gegen rassistisches, antisemitisches und sexistisches Gedankengut, gegen rechte Hetze und gegen Diskriminierung und Gewalt stark“. Die letzten Jahre wurde mit dem „Walk of Shame“ versucht, die Betreibergesellschaft der Hofburg direkt zum Handeln zu zwingen und die teilhabenden Firmen öffentlich zur Verantwortung zu ziehen. Aber auch der Erinnerung

das sich als „linksradikal und antifaschistisch“ bezeichnende NOWKR-Bündnis, das seit 2008 Proteste gegen den WKR-Ball/Akademikerball organisierte. Die Kritik des Bündnisses am Ball und an rechtsextremen Ideologien wird auf aktuelle Gesellschaftsmodelle und das kapitalistische System zurückgeführt, welches es zu überwinden gilt. „Den Ball unmöglich zu machen, bedeutet für uns auch, eine Gesellschaftsform unmöglich zu machen, die reaktionäre Ideologien aller Couleurs erst hervorbringt“, ist auf der Seite des Bündnisses zu lesen. Die heuer angemeldeten Demos von NOWKR wurden jedoch untersagt, und wenig später löste sich das Bündnis in seiner bisherigen Form auf.

Alle drei Bündnisse waren in den Anfängen auf die Verhinderung des Akademikerballs konzentriert, entwickelten sich aber im Laufe der vergangenen Jahre immer weiter und setzten sich auch mit anderen rechten Aufmärschen beziehungsweise wichtigen Gedenktagen auseinander. So wurde sowohl gegen Aufmärsche und Kundgebungen der Identitären als auch gegen die ersten Aufmärsche von Pegida in Wien und Linz mobilisiert.

Antifaschistischer Protest wurde in den letzten Jahren wieder zur absoluten Notwendigkeit – was durch das Aufkommen drei verschiedener antifaschistischer Bündnisse nur bestätigt wird. Auch in den kommenden Monaten und Jahren werden die Rechten versuchen, die Straße und die Gesellschaft zu erobern. Wir dürfen dabei nicht zusehen, sondern müssen auf allen Ebenen stark dagegenhalten. Denn klar muss sein: Kein Fußbreit dem Faschismus!

Ein drittes weiteres Bündnis ist

# Größte antifaschistische Demonstration

**Weit über 9.000 Menschen haben am 30. Jänner in der Wiener Innenstadt ein klares Zeichen gegen den Rechtswalzer von FPÖ, Burschenschaften und Teilen der europäischen rechtsextremen Szene in der Hofburg gesetzt.**

**D**ass der FPÖ-Akademikerball – vormals WKRBall – kein harmloser Tanzevent ist, sondern ein Vernetzungstreffen des europäischen Rechtsextremismus,

muss an dieser Stelle wohl nicht näher erläutert werden. Umso erfreulicher ist es, dass es von Jahr zu Jahr immer mehr Leute nicht hinnehmen wollen, dass Ewiggestrige in einer Repräsentationsräumlichkeit der Republik der Deutschtümelei und

ihren Ressentiments frönen. Die „Offensive gegen Rechts“ (siehe Seite 13) und „Jetzt Zeichen setzen“ haben tolle Arbeit geleistet und tausende Menschen gegen Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus mobilisiert.

## „Fakten und Beweise über die Tänzer“

Im Folgenden stellen wir einen Auszug aus der Rede von Rudi Gelbard – KZ-Überlebender, Zeitzeuge und Mitglied unseres Bundesvorstandes – zur Verfügung:

„Es wäre notwendig, dass die heutigen Tänzer über folgende Fakten und Beweise nachdenken. Mich empört die unehrliche Haltung von Burschenschaften zur Frage des Antisemitismus. Ihre Argumentation ist folgende: In unseren Reihen waren auch

Studenten jüdischer Abstammung: Victor Adler, Theodor Herzl, Ferdinand Lassalle, Karl Marx und andere. Das ist richtig, aber es ist nur die halbe Wahrheit. (...) Sie sagen aber nicht, dass sich die Burschenschaft Silesia 1865 weigerte, jüdische Studenten aufzunehmen, und dass die Burschenschaft Teutonia 1882 auch die alten Herren wegen ‚Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse‘ aus der Mitgliederliste gestrichen hat.

Dass sich die Burschenschaft Allemannia 1883 als „judenrein“ erklärt hat.

Dass sich die Burschenschaft Germania ab 1883 „judenrein“ erklärt hat. Dass die Burschenschaft Libertas ab 1884 Juden keine Genugtuung gewährt hat. Dass die Burschenschaft Olympia sich 1884 als „judenrein“ erklärt hat.

1896 wurde der Ausschluss von Juden am „Waidhofner

Verbandstag“ der Burschenschaften zum Prinzip erhoben. Es heißt wörtlich „dem Juden keinerlei Genugtuung zu geben“ – da er deren unwürdig ist. 1960 verteidigte die Innsbrucker Burschenschaft Suevia, stellvertretend für das korporierte „Ostmarkkartell“, den Arier-Paragrafen: „Stehen wörtlich auf dem allein burschenschaftlichen Standpunkt, dass somit auch der Jude in der Burschenschaft keinen Platz hat“! (...)

# Erneute Schändung in Hietzing

**Eine im November in Hietzing aufgestellte Gedenktafel für ermordete Jüdinnen und Juden wurde erneut geschändet. Die Hietzinger GenossInnen haben entschieden dagegen protestiert.**

**I**m Rahmen des Projekts „Juden in Hietzing“ wurde im Zusammenhang mit dem Gedenken an das Novemberpogrom 1938 am 10. November 2014 eine Gedenktafel für sieben jüdische Schüler und einen jüdischen

Lehrer des Gymnasiums Fichtnergasse sowie für 16 jüdische BürgerInnen aus der Umgebung, die dem rassistischen und/oder politischen Naziterror zum Opfer fielen, in der Nähe des Schulgebäudes aufgestellt (Der „Kämp-

fer“ berichtete). Drei Tage später, in der Nacht vom 13. auf den 14. November, wurde die Tafel aus der Verankerung gerissen und mit rechtsradikalen Parolen beklebt. Die SPÖ Hietzing protestierte in einer Presseerklärung gegen diesen antisemitischen Vandalenakt. Die Gedenktafel wurde wieder errichtet.

Doch das Unheil des Rassenhasses ist geblieben, breitet sich aus und hat erneut zugeschlagen. Mitte Februar 2015 wurden die Namen auf der Gedenktafel mit schwarzem Lack überschmiert und neuerlich geschändet. „Diese Zerstörungswut ist Ausdruck einer erbärmlichen, verabscheuungswürdigen Gesinnung und ist aufs Schärfste zu verurteilen“, so der Hietzinger SPÖ-Vorsitzende Gerhard Schmid.

Dem wachsenden Fremdenhass, dem Ungeist des Antisemitismus



**Zu sehen ist die antisemitisch motivierte Schmierage auf der Gedenktafel**



**Die SJ organisierte eine Kundgebung bei der inzwischen gereinigten Gedenktafel, an der auch SchülerInnen des Gymnasiums und die Hietzinger Freiheitskämpfer/innen teilnahmen**

# Über das faire Asylverfahren

**Maximilian Zirkowitsch spürt im Zuge unseres laufenden Schwerpunkts zum Themenkomplex Flucht und Asyl der Bigotterie der hiesigen Asylpolitik nach.**

Die Forderung nach fairem Asylverfahren wird mittlerweile von VertreterInnen der SPÖ, Grünen und FPÖ erhoben und es ist sowohl entlarvend, dass die ÖVP sich dem nicht anschließt, als auch, dass

die Forderung unisono von der rechtsextremen FPÖ genauso erhoben werden kann. Was ist nun die Konsequenz für Flüchtlinge aus der Umsetzung fairer Asylverfahren?

Wenn in einem Verwaltungsverfahren erhoben werden soll, ob jemand den Kriterien eines Flüchtlings im gesetzlichen Sinne entspricht, dann bekommen dadurch nicht mehr Menschen als bisher den Schutz des Asyls zugesprochen, sondern diejenigen, denen er verweigert wird, dürfen rechtsstaatlich und moralisch gesichert abgeschoben werden. Flüchtlinge sind in der Folge gesetzlich verpflichtet, an der eigenen Abschiebung mitzuwirken, beispielsweise Rei-

sedokumente zu besorgen und zu den „Terminen“ pünktlich zu erscheinen. Tut das jemand nicht, darf die sogenannte Schubhaft verhängt werden. Das bedeutet Freiheitsentzug ohne Delikt; aus dem Grund, nicht abgeschoben werden zu wollen. Darüber hinaus ist auch der Verlust von Krankenversicherung, Unterkunft oder Essensgeld möglich. Hier seien drei Beispiele angeführt:

Mariia S. wartet seit zwei Jahren auf einen Termin zur Einvernahme als Asylwerberin. Bisher wurde sie noch nicht einmal zu ihren Fluchtgründen befragt. Frau S. ist Alleinerzieherin eines krebserkrankten Kindes.

Ali und Reza sind aus dem Iran geflohen, weil sie homosexuell sind und von den Behörden verfolgt werden. In erster Instanz wurde ihnen Asyl verwehrt, weil

sie keine „eheähnlichen Dokumente“ beschaffen konnten, die ihr „Vorbringen glaubwürdig“ machen.

Emeka ist politischer Aktivist. Er wurde der Dokumentenfälschung bezichtigt, weil die Anschrift seiner Partei nicht mehr mit der in den Unterlagen übereinstimmt. Die Partei bezog im Lauf des mehr als zehnjährigen Asylverfahrens ein neues Büro.

Die Forderung nach fairem Asylverfahren kann nicht gegen die Forderung nach Bleiberecht für Menschen bestehen, denen die Flucht überhaupt gelungen ist. Die Konsequenz aus einem fairen Verfahren ist die gerechtfertigte Abschiebung, wobei insinuiert wird, dass die gegenwärtige Praxis der „Außerlandesbringung“ (!) nicht gerecht ist. Und das ist bigott. ■



## Friedrich Zawrel ist gestorben

Das einstige Spiegelgrund-Opfer Friedrich Zawrel ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Er hatte als Zeitzeuge zur Aufarbeitung der Verbrechen in der einstigen Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“, dem Wiener Zentrum der NS-Tötungsmedizin, beigetragen. Am Spiegelgrund fielen zwischen 1940 und 1945 rund 800 Kinder den Verbrechen der Nazis zum Opfer. Insgesamt wurden in der Anstalt Steinhof, dem heutigen Otto-Wagner-Spital, rund 7.500 Patienten von den Nazis ermordet. Mit Zawrel ist ein Überlebender verstorben, der als Spiegelgrund-Opfer unermüdlich Zeugnis über diese Gräueltaten der Nazizeit ablegte und die öffentliche Diskussion über den ehemaligen Arzt der Tötungsklinik „Am Spiegelgrund“, Heinrich

Gross, in Gang gebracht hat. 1940 kam Zawrel in die Fänge der „NS-Jugendfürsorge“, wurde in die Anstalt „Am Spiegelgrund“ eingewiesen und als „asozial“ und „bildungsunfähig“ eingestuft. In der Anstalt wurden zwischen 1940 und 1945 vorgeblich oder tatsächlich geistig oder körperlich beeinträchtigte Kinder interniert, an ihnen wurden medizinische Experimente durchgeführt, viele wurden ermordet. Der NS-Arzt Heinrich Gross – einer seiner Peiniger – avancierte im Nachkriegswien als Neurologe zu einem gefragten Gutachter für psychische Erkrankungen. Zawrel traf – nach diversen Delikten – im Gefängnis 1975 auf ihn und erkannte den Arzt. Zawrel wurde erst im Jahr 2002 rehabilitiert und als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt. ■

## 20 Jahre Attentate von Oberwart

Am 4. Februar dieses Jahres jährte sich zum zwanzigsten Mal das schreckliche Rohrbomben-Attentat von Oberwart, bei dem vier Menschen ermordet wurden. Josef Simon, Peter Sarközi, Karl Horvath und Erwin Horvath starben in der Nacht auf den 5. Februar 1995, als sie eine Tafel mit der rassistischen Aufschrift „Roma zurück nach Indien“ entfernen wollten. Dahinter hatte sich eine Sprengfalle des Briefbombenbauers Franz Fuchs verborgen. Mit einer Ausstellung, einem Lichterzug und in einer Gedenkfeier haben am Nachmittag und Abend in der burgenländischen Gemeinde mehrere hundert Menschen der Opfer gedacht. Neben dem Bekenntnis zu Menschenwürde und Demokratie fanden PolitikerInnen und Angehörige der Opfer auch kriti-

sche Worte. Vor 20 Jahren seien vier junge Menschen aus demselben Grund ermordet worden, aus dem schon ihre Vorfahren in den Konzentrationslagern vergast worden waren: „Weil sie Roma waren und weil ihre Mörder Roma hassten“, sagte Landeshauptmann Hans Niessl. Bundespräsident Heinz Fischer verwies auf den historischen Zusammenhang, in den man die Ereignisse von 1995 einordnen müsse. Stefan Horvath, Vater des ermordeten Peter Sarközi, erinnerte an die 200-jährige Tradition der Roma-Siedlungen in Oberwart. Er habe bisher „ein klares Bekenntnis zu dieser Siedlung“ vermisst und wünschte sich, dass die Roma-Siedlung ins Weltkulturerbe aufgenommen und ein modernes Begegnungszentrum mit einem Museum errichtet wird. ■

## Sommerakademie

Die Internationale Sommerakademie eröffnet auch 2015 die Möglichkeit einer intensiven und gleichzeitig persönlichen Beschäftigung für LehrerInnen mit vielfältigen Themen rund um die Gedenkstätte Auschwitz. Die Fortbildungsfahrt beinhaltet eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema, unterstützt von Vorträgen, Diskussionen und Gesprächen.

**Zeit:** 29. August – 4. September 2015

**Ort:** Oświęcim – Kraków

**Veranstalter:** PH Wien, Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau, AK Wien

**Anmeldung:** thea@schwantner.com (für Interessierte); angelika.zagler@phwien.ac.at (für LehrerInnen)

## Langbein-Symposium

Seit 33 Jahren ist das Seminar „Ideologie und Wirklichkeit des National-Sozialismus“ („Hermann-Langbein-Symposium“) ein bedeutendes Modul in der Fortbildung. Das Seminar ist offen zugänglich.

**Zeit:** 13.–17. April 2015

**Ort:** Festsaal der AK Oberösterreich (4020 Linz, Volksgartenstraße 40)

**Veranstalter:** MKÖ, AK OÖ, AK Wien, DÖW, PH Wien

**Anmeldungen TeilnehmerInnen:**

Mag. Michael WIERY, BED  
michael.wiery@phwien.ac.at

**Informationen:**

Dipl.-Päd. Thea Schwantner, MAS, MSc,  
Medu; thea@schwantner.com

## Gedenkfahrt Mauthausen 11. 5. 2015

**Wien:** Treffpunkt 6.45 Uhr,  
Hütteldorf Busbhf., Abfahrt 7.00 Uhr Wien  
Kontaktadresse: Bundesbüro  
Tel.: +43/(0)1/534 27-277  
(Mo.–Do, 9–16 Uhr, Fr. 9–13 Uhr),  
E-Mail: kaempfer@spoe.at

**Salzburg:** Alexander Neunherz  
Tel.: +43/(0)662/42 45 00-400  
E-Mail: alexander.neunherz@spoe.at

**St. Pölten:** Harald Ludwig  
Tel.: +43/(0)2742/35 71 54  
E-Mail: harald.ludwig@spoe.at

**Linz:** Helene Kaltenböck  
Tel.: +43/(0)664/153 00 45  
E-Mail: freiheitskaempfer.spoe@aon.at

**Innsbruck:** Helmut Muigg  
Tel.: +43/(512)5366-17  
E-Mail: freiheitskaempfer@spoe-tirol.at

## Loibl Bildungs- und Gedenkfahrt 12.–14. 6. 2015

**Kontaktadresse:** Bundesbüro, Tel.: +43/(0)1/534 27-277 (Mo.–Do, 9–16 Uhr, Fr. 9–13 Uhr),  
E-Mail: kaempfer@spoe.at

**Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:** Ingrid Antes, Marina Hanke, Thomas Höpfl, Helene Kaltenböck, Ali Kohlbacher, Harald Ludwig, Thomas Muigg, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Christine Teuschler, Peter Weidner, Florian Wenninger, Maximilian Zirkowitsch.

**Grafische Gestaltung:** Jennifer Neumann.

**Lektorat:** Roswitha Horak, Roswitha Singer-Valentin.

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 2. März 2015.

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 5. Juni 2015.

### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0  
**Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer  
**Hersteller:** Bauer Medien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

**Zlnr.:** GZ 02Z033355M

## Jura Soyfer Von der Käuflichkeit der Menschen

aus: widerstand und  
freiheitskampf (S. 235)

*Ins Himmelblau die Robstoffpreise steigen,  
Als bolde Boten junger Konjunktur.  
Der Markt belebt sich schon,  
und schambaft zeigen  
Sich zarte Triebe börslicher Natur.  
Und nur ein Kurs hält mit der Hausse  
nicht Schritt,  
Nur eine Ware geht im Preis nicht mit  
Und bleibt die Billigste in jedem Land:  
Das ist die Ausschußware,  
„Mensch“ genannt.*

*Der Mensch kommt heutzutage  
im Durchschnittspreise  
Auf zehn Pfund Sterling nur pro Exemplar;  
Die Liefrungskosten spart er klugerweise,  
Er liefert selbst sich aus mit Haut und Haar.  
Ja, er verkauft sich fertig appetiert,  
Mit seiner Menschenwürde ausgestattet,  
Und bist du, Käufer, mit den Mitteln knapp,  
So kauf sie auf Kredit – und stottr ab.  
Und kannst du weder heut  
noch morgen zahlen,  
Kauf rubig weiter, kauf sie massenweis.  
Zahl statt mit Geld mit faulen Idealen,  
Der Mensch verschleudert  
sich um jeden Preis.  
Denn seinesgleichen gibt es viel zu viele,  
Er weiß es selbst und handelt auch danach  
Und kennt den Kurs  
im großen Börsenspiele;  
Der Geist ist billig,  
und das Fleisch ist schwach.*

*Die Wartenden:  
Die Rechnung stimmt nicht ganz,  
du Mann vom Fach,  
Du überschätzt des Gläubigers Geduld.  
Hast du kein Brot für uns,  
bast du kein Dach,  
Stehn fordernd wir vor deinem Rechenpult.  
Der Schuldner löst den  
Wechsel niemals ein.  
Die Ware Mensch will  
nicht mehr Ware sein.*

**Peter Ulrich Lehner (Hg.): „widerstand und  
freiheitskampf. lyrische beiträge des  
20. jahrhunderts aus österreich“;  
Mandelbaum Verlag 2010, 400 Seiten;  
ISBN: 978-385476-359-8; € 19.90**

